

Listen als Herrschaftsmittel

Von der Verwaltungshilfe zum Machtinstrument

geschrieben von Johann Hinrich Claussen

Es gibt einen Anlass, über eine scheinbar langweilige Literaturgattung nachzudenken: die Liste. Es heißt, dass im Haus des Kulturstatsministers eine Liste angelegt werden soll, die alle Jurys und Jurymitglieder erfasst, die staatliche Fördermittel verteilen. Das haben einige kulturpolitische Akteure kritisiert. Andere fragen sich, warum man im BKM einen solchen Überblick nicht schon besitzt. Aber was ist eine Liste eigentlich, wozu braucht man sie, und was kann an ihr hilfreich oder gefährlich sein? Vielleicht hilft da eine kulturgeschichtliche Orientierung.

Man kann nämlich folgende These aufstellen: Am Anfang war die Liste. Die ersten schriftlichen Zeugnisse der Menschheit enthalten – nicht nur, aber wesentlich auch Listen. Sie zählen auf, wer welche Waren an wen geliefert hat und wer welche Steuern gezahlt hat. Das ist die Geburt der Schriftkultur aus dem Geist der Finanzbehörde, könnte man sagen. Dies hat auch eine religiöse Seite. Denn in Tempeln wurde von früh an notiert, welche Opfer durchgeführt wurden und wer dafür bezahlt hat. Der Kult hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Bürokratie entstehen konnte – und Bürokratie ist die Herrschaft der Liste. Natürlich gab es in der Frühzeit der Menschheit auch militärische Listen. Stelen wurden ausgegraben, auf denen Herrscher den Vorbeigehenden aufzählten, welche Reiche sie unterworfen, welche Städte sie zerstört, wie viele Menschen sie getötet oder verschleppt haben. Hier zeigt sich die mörderische Seite der Liste.

So nimmt es nicht Wunder, dass auch die Bibel viele Listen enthält. Ich muss zugeben, dass ich zumeist über sie hinweggelesen habe, weil sie mir langweilig erschienen. Da lag ich falsch. Denn ohne seine Listen wäre das alte Israel verloren gegangen. Es wurde über viele katastrophale Brüche hinweg durch die Auflistung all der kultischen, rechtlichen und moralischen Gottesgebote zusammengehalten. Und nur die Aufstellung der Könige, ihrer Vor- und Nachfahren schuf das geschichtliche Wissen, dass dem mehrfach entwurzelten Volk seine Identität gab. Ohne Chronik – keine Heilsgeschichte.

Ein Echo darauf findet sich im Neuen Testament. Auch wenn die Tora des alten Bundes für sie nicht mehr entscheidend war, brauchte die junge Christenheit eine ethische Orientierung. Diese lieferten die »Haustafeln«, in denen Apostel erklärten, was man tun oder lassen sollte. Das liest sich heute einigermaßen repressiv. Aber gleich am Anfang des Neuen Testaments findet sich eine Liste, die überraschend subversiv ist. Im ersten Kapitel des Matthäusevangeliums will ein Stammbaum nachweisen, dass Jesus von Nazareth von König David abstammte. Eigentümlich quer zu diesem Anliegen steht, dass fünf Frauen in diese genealogische Liste geschmuggelt wurden, die nicht den sittlichen Erwartungen ihrer Zeit entsprachen: Die zu ihrer Schande schwangere Jungfrau Maria stand also in einer untergründigen Linie.

Nun ein Sprung ins 20. Jahrhundert: Bei den größten Menschheitsverbrechen spielten Listen eine erhebliche Rolle. Die moderne Bürokratie machte es möglich, Menschen nach bestimmten Merkmalen zu erfassen: Abstammung, Nationalität, Klasse, Parteimitgliedschaft, Religionszugehörigkeit, körperliche Behinderung, psychische Erkrankung. Bevor die totalitären Regime ihre tatsächlichen oder eingebildeten Feinde ermorden konnten, ließen sie Listen anfertigen. Das konnte – wie im Fall des nationalsozialistischen Terrors gegen Menschen mit Behinderungen – zunächst ganz harmlos als Maßnahme zum Schutz der Volksgesundheit daherkommen. Hatten die Einrichtungen der Behindertenhilfe aber ihre Auflistungen der »Unheilbaren« eingereicht, war deren Schicksal besiegelt.

Damit will ich aktuelle Listenerstellungen natürlich nicht gleichsetzen. Die Liste ist ein alltägliches Instrument der Bürokratie. Als solches kann sie einer guten Politik dienen. Man sollte aber nie vergessen, dass sie stets einer Form von Herrschaft dient und man mit ihr Freiheit unterdrücken kann. Dabei sollte es doch gerade in der Kulturpolitik darum gehen, Freiheit zu fördern.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 5-6/2026](#)